

Protokoll

über die 9. Sitzung des Rates der Stadt Springe am Donnerstag, 25. Mai 2023 um 18:00 Uhr
in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe und über Webex

Teilnehmende:

Ratsvorsitzender

Brezski, Eberhard

Bürgermeister

Springfeld, Christian

Ratsmitglieder

Baatzsch, Brian

von 18:40 Uhr bis 20:32 Uhr

Bani Ardalan, Christian

Becker, Tanja

Bennecke, Hendrik

Brenneke-Schiller, Heike

Ellermann, Benjamin

über Webex

Frädermann, Andreas

ab 18:12 Uhr

Freimann, Heinrich

Gasch, Anton

Groseck, Oliver

Hackert, Thorsten

Henkels, Anette

Herrmann, Udo

Holzmann, Norman

Janz, Dirk

Kemper, Margarete

Lampe, Uwe

Mariß, Lisa Marie

Meier, Bernhard

Musahl, Katja

Nagel, Klaus

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Reinhardt, Udo

Retzlaff, Antje

Riegelmann, Elke

über Webex bis 20:32 Uhr

Schmelzer, Tim

Witte, Björn

Wolff, Reinhard

Von der Verwaltung

Gebauer, Clemens

Klostermann, Jörg

Merbt, Brigitte

bis 20:32 Uhr

als Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Blome, Ann-Kristin

Galas, Eckart

Hüper-Maus, Thomas

Kohlenberg, Jürgen

Niemetz, Jörg

Zimmermann, Brigitte

Gäste

Herr Lottermoser

vom Zweckverband Abfallwirtschaft Region
Hannover zu TOP 4

Herr Türk

vom Zweckverband Abfallwirtschaft Region
Hannover zu TOP 4

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Dr. Brezski begrüßt alle Anwesenden und weist zunächst darauf hin, dass die Zurschau-
stellung von Plakaten von den Zuhörenden nicht gestattet ist.

Weiter begrüßt er die Vertreter des Zweckverbands Abfallwirtschaft Hannover (aha), Herrn
Türk und Herrn Lottermoser, die unter TOP 4 die für 2024 vorgesehene Umstellung auf die
graue Tonne vorstellen werden.

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und, nach namentlicher Benennung der
hybrid teilnehmenden und der fehlenden Ratsmitglieder, auch die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dr. Brezski weist darauf hin, dass zur Tagesordnung ein Dringlichkeitsantrag der Gruppe
SPD-Grüne-Linke zum Museum Springe (**s. Anlage 1 zu TOP 1 des Protokolls**) vorliegt, der
den Ratsmitgliedern bereits im Vorfeld von der Verwaltung mit dem Hinweis, dass eine Dring-
lichkeit im kommunalrechtlichen Sinne fraglich sei, übermittelt wurde. Über die Feststellung der
Dringlichkeit entscheidet der Rat. Hierfür ist eine Zweidrittel-Mehrheit der Mitglieder des Rates
erforderlich.

An dieser Stelle ist zunächst nur darüber zu entscheiden, ob eine Dringlichkeit im kommunal-
rechtlichen Sinne vorliegt und der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden darf.

Auf Nachfrage von Herrn Groseck zur juristischen Einschätzung der Verwaltung weist Herr
Gebauer darauf hin, dass dieser Hinweis zur Dringlichkeit gem. NKomVG bereits bei der Über-
mittlung des Antrages an die Ratsmitglieder von der Verwaltung gegeben wurde. Demnach
läge keine Dringlichkeit.

Frau Henkels erklärt für die Gruppe CDU-FWS, dass diese sich der Verwaltungsauffassung
rechtlich anschließe. Inhaltlich sei es aber sehr wohl ein wichtiges Thema.

Herr B. Reinhardt erklärt, dass er bei Vertragsdokumenten oder ähnlichem sich durchaus der
Verwaltungsauffassung anschließen würde. Ihm sei es jedoch wichtig, dass im Ratsprotokoll
einige Punkte zum Museum festgehalten werden, wie sie auch seitens des Bürgermeisters
bereits an den Ratsverteiler (**s. Anlage 2 zu TOP 1 des Protokolls**) übermittelt wurden. Der
Antrag sollte auf die Tagesordnung, um öffentlich die Wichtigkeit des Museums festzustellen.

Herr Wolff bestätigt die Auffassung der Verwaltung, dass es sich bei der „Dringlichkeit“ um
einen unbestimmten Rechtsbegriff handele, der auch im Zweifel gerichtlich überprüfbar sei.
Weiter verweist er darauf, dass der Bürgermeister aufgrund des Dringlichkeitsantrages bereits

den Rat und die Presse mit einer Stellungnahme zum Museum informiert habe. Eine Dringlichkeit für die heutige Sitzung sei nicht gegeben, demnächst gäbe es aber auch einen Beratungstermin beim Bürgermeister.

Herr Gasch weist darauf hin, dass es sich um ein Thema handele, dass viele Bürger beschäftigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen hierzu erfolgen, lässt Herr Dr. Brezski über die Dringlichkeit abstimmen.

Mit **13 Ja-Stimmen** ist die erforderliche Mehrheit für die Feststellung der Dringlichkeit nicht erreicht. Damit wird der Antrag heute nicht behandelt.

Herr B. Reinhardt beantragt daraufhin gem. § 1 Abs. 7 der Geschäftsordnung die Erweiterung der Tagesordnung zur Beratung und Information für dieses Thema, nur zur Widerspiegelung der Sachverhalte.

Herr Frädermann nimmt ab 18:12 Uhr an der Sitzung teil.

Nach Nachzählung der Stimmen ist dem Antrag mit **14 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen** und **5 Enthaltungen** stattgegeben und als neuer TOP 12 wird über den Sachstand zum Museum beraten und informiert.

Mit der vorstehenden Ergänzung stellt Herr Dr. Brezski die geänderte Tagesordnung fest.

2. Anfragen der Zuhörenden

2.1 Rathausanbau, Remise, Bürgersaal

Ein Zuhörer fragt vor dem Hintergrund der geringeren Steuereinnahmen nach, warum die Remise noch umgebaut, der Platz zwischen Museum und Remise überbaut und der Bürgersaal gebaut werden müsse.

Weiter weist er darauf hin, dass sich der SES für 4,3 Mio. € ein neues Gebäude gebaut und fragt nach, ob dieses über die Gebühren finanziert werde.

Herr Springfeld verweist auf die umfangreiche Raumbedarfsermittlung aus den Jahren 2017/2018 und den europaweiten Wettbewerb. Das Ergebnis stehe kurz vor der Umsetzung. Weiter ergänzt er, dass die Verwaltung zurzeit in diversen Gebäuden in Teilen untergebracht ist. Es werde erstmalig seit der Gebietsreform überhaupt ein Rathaus gebaut. Zum dem festgestellten Bedarf gehöre auch der Umbau der Remise und der Bürgersaal als Multifunktionsraum.

Genauso verhalte es sich auch mit dem Verwaltungsgebäude für die Stadtentwässerung, auch dort sei zunächst der Bedarf festgestellt worden und selbstverständlich gehören die Kosten in die Gebührenberechnung. Auch Kosten für die Anmietung von Räumen würden in die Gebührenkalkulation einfließen.

2.2 Mehr Homeoffice statt Anbau

Eine ZuhörerIn weist darauf hin, dass die Bundesbank wegen steigender Baukosten mehr Homeoffice-Plätze eingerichtet hat und fragt nach, ob die Stadt nicht auch besonders der Wirtschaftlichkeit verpflichtet sei. Der Anbau würde sich doch auf alte Pläne stützen.

Herr Springfeld erwidert, dass auch bei der Stadt bereits „Homeoffice“ und „Desksharing“ genutzt werde. Ohne diese würde bereits die geplante Erweiterung nicht ausreichen. Ziel sei es außerdem, die anderen, angemieteten, Gebäude freizuziehen. Ein Rathausanbau in Springe werde nicht billiger, wenn er weiter auf die lange Bank geschoben werden. Die aktuellen Räumlichkeiten entsprechen nicht mehr unbedingt dem aktuellen Arbeitsschutz. Dies werde allen Beteiligten nur mit Blick auf den Anbau noch hingenommen.

Weiter weist Herr Springfeld darauf hin, dass ein Neubau auf der „grünen Wiese“ sparsamer und wirtschaftlicher gewesen wäre, jedoch das vorhandene Gebäude weiter genutzt und die Innenstadt nahe erhalten bleiben sollte. Die Wirtschaftlichkeit sei ein wesentlicher Aspekt des Wettbewerbs gewesen und es handele sich um einen relativ einfachen Bau. Genau aus diesem Grund habe der Entwurf den Wettbewerb gewonnen.

2.3 Baumbestattungen auch auf anderen Friedhöfen

Die ZuhörerIn mit Hinweis auf TOP 8 (Baumbestattung Friedhof Gestorf) nach, ob das auch für andere Friedhöfe im Springer Bereich angedacht sei.

Dr. Brezski weist darauf hin, dass die Baumbestattung in Gestorf schon lange ein Thema sei, es aber bereits in der Diskussion sei, dies auch in anderen Stadtteilen zuzulassen. Fr. Dr. Kemper weist als Mitglied der Friedhofskommission darauf hin, dass für die Sitzung am 01.11.23 eine Satzungsänderung vorbereitet werden, die auch die Möglichkeit der Baumbestattungen auf den anderen Friedhöfen vorsehe. Auf dem neuen Friedhof in Springe gebe es bereits die Möglichkeit der Baumbestattung.

2.4 Anzahl der neuen Stellen in der Verwaltung

Auf die Frage eines Zuhörers, ob in den letzten Jahren 100 Stellen neu geschaffen worden sein, erwidert Herr Gebauer, dass es bei weitem keine 100 Stellen seien. Hätte es im Vorfeld eine Anfrage per E-Mail gegeben, könnte eine genaue Zahl mitgeteilt werden. Der Zuhörer wird sich mit seiner Frage direkt an Herrn Gebauer wenden.

2.5 Standfestigkeit Museumsgebäude

Ein Zuhörer fragt vor dem Hintergrund des Wassergrabens und der Risse, ob die Standfestigkeit des Museumsgebäudes gesichert sei. Weiter fragt er, ob es ein Bodengutachten hierzu gebe.

Herr Springfeld erwidert, dass gerade so etwas bei der Ausführungsplanung gründlich untersucht werde. Gerade bei diesem Bauumfang werden alle erforderlichen Maßnahmen durchgeführt. Bestreben sei es, den gesamten historischen Komplex aufzuwerten. Das komme dann auch dem Museum zu Gute.

3. Genehmigung des Protokolls über die 8. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 23. März 2023 - öffentlicher Teil -

Herr Wolff verweist auf seinen Antrag zur Protokollberichtigung, der den Ratsmitgliedern über die Verwaltung am Vortag per E-Mail weitergeleitet wurde und diesem Protokoll **als Anlage 1 zu TOP 3** des Protokolls beigefügt ist und merkt zu TOP 6.1 des Protokolls vom 23.03.2023 an, dass seine Ausführungen zu dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes mit keinem Wort im Protokoll erwähnt sind. Nach § 68 NKomVG sei über den wesentlichen Inhalt der Sitzung ein Protokoll zu fertigen.

Zum genauen Wortlaut der Begründung wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Nach kurzer Diskussion wird über den nachstehenden Antrag abgestimmt:

Der Rat möge beschließen, das Protokoll über die 8. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 23. 03. 2023 – öffentlicher Teil – unter dem TOP 6.1 wie folgt zu ergänzen:

RH Wolff weist auf die Inhalte des Prüfberichtes des Nds. Landesrechnungshofs vom 31. 01. 2023 hin. Die Prüfung beinhaltete die Radwege in Springe und in weiteren neun Städten und Gemeinden im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflichten. Hier ergab sich für Springe die Beurteilung, es würden die Kontrollaufgaben der Verwaltung nicht genügend wahrgenommen. So fehle es an einer entsprechenden Dienstanweisung, die festschreibe, was und in welchen Intervallen zu kontrollieren und zu dokumentieren sei. Die Stadt Springe wurde angewiesen „schnellstmöglich“ eine Dienstanweisung zu erlassen.“

Mit **14 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen** und **5 Enthaltungen** ist die Korrektur des Protokolls wie vorstehend beantragt zu TOP 6.1 beschlossen.

Herr Dr. Brezski verweist nochmals darauf, dass kein Wortprotokoll, sondern ein Ergebnisprotokoll mit den wesentlichen Inhalten geführt wird. Bislang sei es gängige Praxis gewesen, dass vom Ratsmitglied kundgetan wird, wenn ein bestimmter Wortbeitrag ins Protokoll soll. Längere Wortbeiträge, deren Aufnahme ins Protokoll gewünscht wurde, wurden der bzw. dem Protokollführenden zur Verfügung gestellt, damit sie als Anlage zum Protokoll genommen werden können.

Herr Overesch vertritt die Auffassung, dass ein wesentlicher Redebeitrag auch ohne Hinweis an den Protokollführenden ins Protokoll aufgenommen werden müsse.

Anmerkung der Verwaltung:

*Der Vollständigkeit halber sind dem Protokoll die Beschwerde vom 03.05.2023 sowie die Antwort der Verwaltung vom 15.05.2023 als **nichtöffentliche Anlagen 2 und 3** zu TOP 3 des Protokolls ebenfalls beigefügt.*

Herr Baatzsch nimmt ab 18:40 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Holzmann fragt zum Protokoll noch an, dass seine Anfragen unter TOP 15.4 zwar beantwortet wurden, ihm aber das Aufzeigen von Perspektiven zur Konsolidierung fehle. Die unter TOP 15.3 aufgeführten Fragen zum Klimaschutz seien bis heute nicht beantwortet worden.

Herr Klostermann sagt zu, ihm diese bis zur nächsten Ratssitzung zu beantworten.

Herr Holzmann regt an, die Antworten auch gerne in der nächsten Ratssitzung allen vorzustellen.

Folgender Beschluss wird mit **31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Das Protokoll der 8. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 23. März 2023 - öffentlicher Teil - wird mit der vorstehenden Ergänzung und der Anmerkung genehmigt.

4. Umstellung von den grauen Säcken auf die graue Tonne in 2024 - Informationen zur bevorstehenden Umstellung durch einen Mitarbeiter der aha

Die von Herrn Türk vom Zweckverband Abfallwirtschaft der Region Hannover (aha) borge-stellte Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage zu TOP 4** beigefügt.

Herr Türk weist u. a. darauf hin, dass eine in 2022 beauftragte Überprüfung ergeben hat, dass das duale System ökologisch und ökonomisch auf Dauer nicht tragbar sei und daher auf eine reine Behälterabfuhr umgestellt werden soll. Für den Restabfall wurde als Stichtag der 01.01.2024 gewählt, damit keine Rückabwicklung der grauen Säcke (gebührenpflichtig) unter-jährig erfolgen muss. Gleichwohl werden in den ersten beiden Wochen 2024 wie in den ver-gangenen Jahren noch Restmüllsäcke aus dem Vorjahr (2023) mitgenommen. Für den Bioab-fall soll die Umstellung im August 2024 erfolgen. Die gekauften Biosäcke behalten noch ein Jahr nach Einführung der Biotonne ihre Gültigkeit und werden mit abgefahren, also bis August 2025.

Für die Papiertonne gibt es keinen Stichtag, jeder kann seine Tonne bestellen, wann er möchte, auch jetzt schon. Allerdings werden ab 01.01.2025 keine blauen Säcke für Papier mehr verkauft und ab August 2025 werden auch keine blauen Säcke für Papier mehr mitge-nommen.

Im März 2023 wurden alle Nutzer der grauen Säcke angeschrieben und über die Behälterum-stellung informiert. Jeder Bürger hat noch bis 02.06.23 die Möglichkeit, die aha darüber zu informieren, wenn das vorgeschlagene Behältervolumen nicht passt. Ab November 2023 wer-den die grauen Restmülltonnen ausgeliefert, dies soll vor Weihnachten abgeschlossen sein.

Seitens der aha werde über den Sommer u.a. die Ausschreibung erfolgen und der Tourenplan erarbeitet. Parallel dazu wird die Umstellung auf die Biotonne vorbereitet. Die Anschreiben sollen relativ früh verschickt werden. Auch hierfür wird ein Onlineportal freigeschaltet, in dem eine Befreiung wegen Eigenkompostierung beantragt werden kann. Hier weist Herr Türk noch einmal auf die gesetzliche Pflicht in Europa hin, Abfälle getrennt zu sammeln, d.h., die Bioab-fallsammlung ist für jeden verpflichtend, er kann diese aber auch auf seinem Grundstück durch-führen, indem er eigenkompostiert.

Der aha ist bewusst, dass es bei einigen Bürgern Schwierigkeiten bei der Umstellung gibt. Auf der Homepage der aha gibt es daher den Bereich FAQ (häufig gestellte Fragen), die Presse werde noch mit Informationen hierzu bespielt und Vertreter der aha werden weiter auf den Marktplätzen zur Umstellung informieren.

Für Fragen zu Standplätzen auf den Grundstücken gibt es bei der aha zum einen eine digitale Beratung und auch sechs Standplatzberater, die gerne weiterhelfen. Einer davon ist der anwe-sende Herr Lottermoser.

Herr Lottermoser erläutert, dass es für Wohnanlagen auch Multiplikatoren-Schulungen, z.B. für Hausmeister, gibt.

Eine Übersicht der Behälter mit den aktuellen Gebühren wird gerade neu kalkuliert.

Auf Nachfrage sprechen sich die Ratsmitglieder **einstimmig** für eine Sitzungs-
unterbrechung für Fragen der Zuhörenden an die Vertreter der aha aus.

Die Sitzung wird um 19:01 Uhr für die Beantwortung von Fragen der Zuhörenden durch die Herren Türk und Lottermoser von der aha unterbrochen.

Um 19:09 Uhr wird die Sitzung wiederaufgenommen und die Vertreter der aha verlassen die Sitzung.

5. Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Absage Sonder-PUKA und Sonder-VA

Herr Gebauer teilt mit, dass die Pläne für das Regionale Raumordnungsprogramm bzgl. Windkraft nach Einwendungen der Bundeswehr von der Region Hannover nochmals überarbeitet werden müssen. Die für die Stellungnahmen angedachten Sondersitzungen des PUKA am 26.09.2023 und des VA am 29.06.2023 werden daher zurzeit nicht benötigt und aus dem Ratsinformationssystem entfernt.

Herr Klostermann ergänzt, dass, sobald die Region die Pläne überarbeitet hat, das Thema wieder in den regulären Sitzungskanon eingebracht wird.

5.2 Sachstandsmitteilung zu Beschlüssen, Aufträgen und Finanzen

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

6. **Aufstellung der Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen sowie der Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2024 - 2028** **407/2021-2026 - 2**

Folgender Beschluss wird mit **31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt mit der notwendigen qualifizierten Mehrheit die Aufnahme der in der **Anlage 2** benannten Bewerberinnen und Bewerber in die Vorschlagsliste der Stadt Springe zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen sowie der Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2024 – 2028.

7. **Wahl von Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Springe** **409/2021-2026 - 1** - nach VA 11.05.2023

Folgender Beschluss wird mit **31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat wählt die nachfolgend aufgeführten Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Springe:

1. Herrn Dr. Eberhardt Brezski
2. Frau Tanja Becker
3. Frau Dr. Margarete Kemper
4. Frau Elke Riegelmann
5. Herrn Christoph Rohr

8. **Baumbestattung auf dem Friedhof Gestorf** **333/2021-2026 - 2** - Antrag des Ortsrates Gestorf vom 07.09.2022 - nach VA 17.11.2022 und BauA 14.03.2023

Folgender Beschluss wird mit **31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt, die Baumbestattung auf dem Friedhof in Gestorf zuzulassen.

9. Beitritt der Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT) zur "PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH" 451/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat der Stadt Springe stimmt dem Erwerb von 20 Geschäftsanteilen durch die hannIT AöR zu einem Preis von 200,00 (in Worten zweihundert) EUR je Geschäftsanteil aufgrund eines Kaufvertrags zwischen PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) und der hannIT AöR über den Verkauf und die Abtretung von Geschäftsanteilen an der PD entsprechend dem als **Anlage 1** beigefügten Entwurf zu.
2. Der Rat der Stadt Springe stimmt zu, den Vorstand der hannIT AöR zu ermächtigen, der als **Anlage 2** beigefügten Gesellschaftervereinbarung beizutreten und mit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH die als **Anlage 3** beigefügte Eckpunktevereinbarung abzuschließen.

10. Klimaschutz und Klimaanpassung: Leitlinien in der Stadtplanung 219/2021-2026 - 2

Auf die Nachfrage von Herrn Holzmann, ob es sich bei den Leitlinien um Handlungsempfehlungen oder bautechnische Vorschriften handele, erwidert Herr Klostermann, dass es sich um beides in unterschiedlicher Tiefe handele, da es in der Regel keine pauschalen Lösungen gebe. Ziel sei, den Klimaschutz zu stärken. Mit den Leitlinien werde ein Rahmen geschaffen.

Folgender Beschluss wird mit **25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **6 Enthaltungen** gefasst:

- 1) Der Rat beschließt bei der Aufstellung von informellen Planungen, städtebaulichen Konzepten und Funktionsplänen in der Bauleitplanung, in städtebaulichen Verträgen und Grundstückskaufverträgen grundsätzlich verstärkt Klimaschutz und Klimaanpassung zu berücksichtigen. Das bedeutet auch eine weitgehende Nutzung dezentral erzeugter erneuerbarer Energien zur energetischen Versorgung in neuen Baugebieten mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen für die Energieversorgung im Stadtgebiet deutlich zu reduzieren.
- 2) Die Ziele des Klimaschutzes und der Klimaanpassung (s. Anlage 1) sind in den jeweiligen Planungsebenen zu prüfen und deren Berücksichtigung zu dokumentieren. In der Bauleitplanung sind die infrage kommenden Maßnahmen in die Abwägung einzustellen.
- 3) Die von den Fraktionen eingebrachten Ergänzungen zu den Leitlinien in der Stadtplanung werden gemäß den „Empfehlungen der Verwaltung/des Arbeitskreises Klima“ (s. Anlage 2; letzte Spalte der Tabelle) beschlossen.

11. Hauptsatzung der Stadt Springe 151/2021-2026 - 3
2. Änderungssatzung

Die Verständnisfrage von Herrn Overesch zu der Unterscheidung der Bezeichnung aus dem Grundsatzbeschluss vom 15.12.2022 „Stadtbourat“ zur Bezeichnung in der Ausschreibung „Stadtrat“ beantwortet Herr Springfeld dahingehend, dass es sich bei der Wahlbeamtenstelle um die Bezeichnung „Erster Stadtrat“ handelt. Wenn die entsprechende berufliche Qualifikation vorliegt, dann kann die Bezeichnung „Stadtbourat“ gewählt werden.

Herr Lampe spricht an, dass diese Stelle mit über 150.000 €/jährlich dotiert ist und verweist auf die Tarifverhandlungen, bei denen jeder Prozentpunkt die Personalkosten um rd. 150.000 € erhöht. Vor diesem Hintergrund bittet er, die Entscheidung zu überdenken. Früher sei mehr bei den Personalkosten gespart worden. Er werde der Satzungsänderung nicht zustimmen.

Folgender Beschluss wird mit **18 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt die dieser Drucksache als **Anlage** beigelegte 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Springe.

12. Sachstand Museum

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung für die Darstellung der Sachverhalte zum Museum als neuer TOP 12 auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr B. Reinhardt erläutert als Hintergrund zu dem ursprünglichen Antrag, dass öffentlich in der Presse kommuniziert wurde, dass es im Vorfeld keine Gespräche mit dem Museumsverein gegeben habe. Seiner Auffassung nach sei es Sache des Rates herauszufinden, was richtig sei, um auch ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger zum Museum zu setzen.

Sachlage sei, dass der Rathausanbau mit der Remise als festem Bestandteil beschlossen wurde. Das Gesamtensemble sollte erhalten bleiben. Herr B. Reinhardt möchte, dass der Rat und die Verwaltung heute zu der Angelegenheit Stellung beziehen und fragt auch nach der baulichen Substanz und der notwendigen Absicherung des Museumsgebäudes.

Herr Klostermann teilt zu den baulichen Fakten mit, dass bereits 2018 Setzrisse am Museumsgebäude festgestellt wurden. Es findet einmal jährlich eine Kontrolle mit Setzmarken statt. Bei dem Museumsgebäude und der Remise handelt es sich um städtische Gebäude. Die Remise ist fest im Raumprogramm mit eingeplant. Im oberen Teil ist die Remise statisch nicht ausgelegt, das untere Gebäude wird gesichert und geschützt.

Wenn der Bau losgeht, gibt es erhebliche Eingriffe, hier sei man mit dem Generalplaner in Abstimmungsgesprächen. Während der Baumaßnahmen werden die Bewegungen genau beobachtet.

Für die Fundamente werde es eine „Offenschachtung“ geben. Es wird jedoch keine Rammarbeiten geben, da die Pfähle in den Boden gedreht werden.

Das Museum soll weiter genutzt werden, die Remise ist für Gastronomie vorgesehen. Der Bürgersaal ist nicht nur für Sitzungen, sondern auch für andere Veranstaltungen, ggf. auch durch das Museum, nutzbar. Herr Klostermann ist davon überzeugt, dass nach Abschluss der Arbeiten eine tolle Mitte entsteht. Es soll nicht gegen das Museum gearbeitet werden, im Gegenteil werde das Museum durch den neuen Vorplatz erheblich aufgewertet.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Brezski erwidert Herr Klostermann, dass er noch keine Aussage dazu machen kann, wie mit den Setzrissen umgegangen wird. Bisher seien allerdings kaum Veränderungen festgestellt worden.

Herr Lampe hofft, dass das anberaumte Gespräch mit dem Museumsverein von großem Nutzen sein wird und erklärt, dass die Leistungen von Ehrenamtlichen nicht unterschätzt werden dürfen.

Durch Wortbeiträge von Bürgern zu Beginn der Sitzung sei nochmals darauf hingewiesen worden, dass bei größeren Baumaßnahmen gespart werden müsse. Zum Zeitpunkt des Beschlusses über den Rathausanbau sei der Neubau des OHG noch nicht absehbar gewesen. Auch würden die Kosten auf allen Ebenen explodieren. Vor diesem Hintergrund erklärt Herr Lampe, dass nicht an jedem Vorhaben festgehalten werden müsse. Der geplante Bürgersaal sei z.B.

für Ratssitzungen zu klein. Er plädiert dafür, den Umbau der Remise und den Bürgersaal zu streichen und dadurch Einsparungen zu erzielen.

Er warnt davor, dass die Stadt Springe in die Situation kommen wird, freiwillige Leistungen zu streichen.

Frau Riegelmann erklärt, dass sie als stv. Vorsitzende des SSKA gebeten hatte, dass Thema „Museum“ im Fachausschuss auf die Tagesordnung zu setzen, dann hätte es hier heute diese öffentliche Diskussion nicht geben müssen. Sie selber sitzt als Vertreterin der Stadt im Vorstand des Museumsvereins. Das Museum werde auch als „Gute Stube“ für Veranstaltungen genutzt. Davon hört man allerdings nichts in der Öffentlichkeit. Die Ehrenamtlichen vom Museum fühlen sich nicht wahrgenommen. Ihrer Auffassung nach gehört die Diskussion zum Thema „Museum“ im Fachausschuss und Sie wünscht daher, dass das Thema auf die Tagesordnung für den nächsten SSKA gesetzt und die Sitzung mit einem Besuch im Museum verbunden wird.

Herr Springfeld geht auf die Punkte aus dem ursprünglichen Dringlichkeitsantrag, der als **Anlage zu TOP 1 und TOP 12** dem Protokoll beigefügt ist, ein und bestätigt:

- 1. Das Museum auf dem Burghof verbleibt im aktuellen Hauptgebäude und erfährt die aktive Unterstützung aus der Verwaltung im Betrieb.*
- 2. Die Verwaltung unterstützt aktiv den Umzug bzw. Auszug der Ausstellungen im Bereich der Remise, aufgrund der künftig mangelnden Verfügbarkeit.*
- 3. Die Verwaltung geht umgehend in einen Dialog mit dem Vorstand des Museums unter Einbeziehung der Ratsfraktionen und Gruppen. Hierzu ergänzt Herr Springfeld, dass es bereits seit langem einen Dialog gibt.*
- 4. Die bauliche Situation des aktuellen Hauptgebäudes wird kontinuierlich überwacht und während der Baumaßnahme „Rathaus“ dokumentiert. Hier bestätigt Herr Springfeld, dass dies bereits seit langem geschehe.*
- 5. Eine notwendige Absicherung vor weiteren Schäden ist kurzfristig zu prüfen und ggf. zu projektieren.*

Herr Springfeld spricht sein volles Bekenntnis zu den vorstehenden Punkten aus.

An die Vertreter des Museumsvereins, die als Zuhörende anwesend sind, weist er nochmals darauf hin, dass seitens der Verwaltung zur Waldausstellung das Interesse von Herrn Boele-Keimer von den Landesforsten vermittelt wurde. Er möchte den früheren Dialog gut und konstruktiv fortführen. Kein anderer Verein habe eine solche Unterstützung erfahren.

Herr Wolff spricht sich ebenfalls für Gespräche mit dem Vorstand aus. Die Frage der Teilkündigung sollte ggf. nochmals geklärt werden. Evtl. habe sich die Meinung des Vorstandes zur Remise ja dahingehend geändert, dass sie doch benötigt werde. Die Ausstellungen seien u.a. ein Magnet für Schulen. Es sollte daher die Frage gestellt werden, ob es richtig sei, die Remise zu opfern. Die Ausstellung sei mit viel Liebe erstellt worden.

Dies sollte bei dem Gespräch am 08.06.2023 auch inhaltlich mit geklärt werden. Im Übrigen schließt er sich dem Wunsch von Frau Riegelmann an, das Thema „Museum“ auf die Tagesordnung für den nächsten SSKA zu setzen.

Herr Bani Ardalan als Vorsitzender des SSKA erklärt, dass das eigentlich in Planung gewesen sei, in den Museumsräumen jedoch keine Ausschusssitzung stattfinden könnte. Sich nur eine halbe Stunde das Museum ansehen und dann ins OHG zur Sitzung gehen, sei in seinen Augen

nicht zielführend. Er selber könne sich über Stunden im Museum aufhalten. Seiner Auffassung nach habe es auch bei der Kommunikation der vom Rat in den Vorstand des Museumsvereins entsendeten Vertretungen und der Verwaltung. Dies habe schließlich zum Dringlichkeitsantrag geführt, damit die Kommunikation wieder stimmt.

Zum Gebäude regt er an, die Risse einmal im Jahr zumindest provisorisch zu schließen.

Herr Baatzsch weist darauf hin, dass die Diskussion in Richtung Remise abdrifte und verweist auf die geltenden Beschlussfassungen hierzu. Das Rathaus sei jetzt in der Umsetzungsplanung und es sei schwierig, daran noch etwas zu ändern, da auch die Verträge geschlossen sind.

Im Antrag zum Museum ging es darum, Unterstützung des Rates für das Museum zu erfahren und die anscheinend unterschiedlichen Wahrnehmungen seitens der Stadt und des Museums zu klären. Dafür dient dann auch das gemeinsame Gespräch am 08.06.2023 um auf eine Lösung hinzuarbeiten.

Frau Henkels spricht die Aussage von Herrn B. Reinhardt zu Beginn der Sitzung hinsichtlich des Informationsdefizits an und erklärt, dass sie aus genau diesem Grund einer Erweiterung der Tagesordnung nicht zustimmen konnte. Auch sie hätte sich eine Diskussion im Fachausschuss gewünscht. Die einzigen Infos, die den Ratsmitgliedern jetzt vorliegen, sind die Aussagen im Dringlichkeitsantrag und die E-Mail des Bürgermeisters, die hierzu allen Ratsmitgliedern zugegangen sei. Das Ganze sei nicht sachgerecht vor der Verwaltung ausgearbeitet und es gibt keine Vorlage als Diskussionsgrundlage hierzu. Auch sie möchte das Thema lieber sachlich im Fachausschuss diskutieren.

Sie erinnert daran, dass im Verlauf dieser Sitzung immer wieder ein Zweifel daran auftaucht, die Remise umzubauen und den Bürgersaal zu bauen. Die CDU sei schon damals dagegen gewesen. Die Mehrheit für den Bau sei von der SPD und den Grünen gekommen mit dem Hinweis, wenn wir bauen, dann bauen wir alles. Wenn man aber, wie bereits von Herrn Lampe angesprochen, noch einmal anfassen möchte, ist doch das im Grunde gar nicht möglich, da die Leistungsphasen doch so weit ausgeschrieben sind. Bei einem Rückzieher bei der Remise und dem Rathaussaal sind doch sicher Regressansprüche fällig.

Herr Klostermann weist darauf hin, dass es einen Vertrag mit einem Generalplaner gibt über die zu erbringenden weiteren Leistungen. Gerade werde an den Ausführungsplanungen gearbeitet, d. h., der Baubeginn steht kurz bevor. Der Vertrag läuft weiter und der Gedanke, da Einzelteile herauszunehmen, sei nicht sinnvoll. Das sei aber auch an anderer Stelle schon mehrfach erläutert worden. Das Objekt basiert auf einem vorhandenen Raumbedarfsplan, dieser Bedarf wird zum größten Teil durch den Neubau abgedeckt, aber auch durch die Remise. Zur Remise führt Herr Klostermann aus, dass das das schönste Gebäude an der Stelle sei und durch die Platzumgestaltung auch eine Aufwertung erfährt. Der Bürgersaal ist mit geplant und dadurch, dass dieselben Materialien verwendet werden, durch einen größeren Einkauf auch Kosten gespart werden.

Er wirbt an dieser Stelle noch einmal dafür, die Planung nicht mehr zu verändern, weil dies auch erhebliche Bruchstellen mit sich bringe und letztendlich zu Mehrkosten führe.

Frau Henkels fasst die Antwort dahingehend zusammen, dass man ohne Schaden aus dem Vertrag nicht mehr herauskommt.

Herr B. Reinhardt erläutert noch einmal, wie es zu dem Antrag gekommen ist und warum er in diese und nicht in die nächste Ratssitzung, die voraussichtlich eine wesentlich längere Tagesordnung haben wird, sollte. Es war der Versuch einer Problemlösung, das dem Museumsverein in breiter Öffentlichkeit signalisiert wird, dass Verwaltung und Rat zum Museum stehen und die Sachlage dargestellt wird und nicht über die Presse über Wochen Vermutungen verbreitet werden.

Selbstverständlich kann das auch gerne zum Thema in der SSKA-Sitzung am 14.06.23 werden.

Gleichzeitig bedankt er sich bei allen, die einer Aufnahme des Themas, wenn auch nicht als Dringlichkeitsantrag, zugestimmt haben.

Frau Riegelmann schließt sich der Meinung an, dass das im SSKA noch einmal sachlich diskutiert werden sollte und dabei eine vernünftige Resolution für die Ratssitzung am 29.06.2023 vorbereitet werden könnte, die dann nicht so lange in der Ratssitzung diskutiert werden müsste.

Auf Nachfrage von Herrn Schmelzer zur Einladung am 08.06.2023 wird auf die E-Mail des Bürgermeisters zum Dringlichkeitsantrag verwiesen, die an alle Ratsmitglieder gegangen ist.

Herr Dr. Brezski fasst abschließend für die anwesenden Vertreter*innen des Museumsvereins zusammen, dass die Unterstützung des Rates in Gänze vorhanden sei und ein Fahrplan entwickelt werde.

**13. Bewilligung von über- / außerplanmäßigen Mitteln gem. § 117 NKomVG
- vorsorglich -**

Es liegt kein über-/außerplanmäßiger Mittelbedarf vor.

**14. Annahme von Spenden
- vorsorglich -**

Es sind seit der letzten Ratssitzung keine Spenden eingegangen, die der Annahme durch den Rat bedürfen.

15. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

15.1 Kosten für Gründungsarbeiten Rathausanbau

Ein Zuhörer fragt nach, wie hoch die Kosten für die angesprochenen unkalkulierbaren Gründungsarbeiten für den Rathausanbau maximal sein könnten.

Herr Dr. Brezski erklärt, dass die Frage so nicht beantwortet werden kann und es in dieser Sitzung auch keinen Beschluss hierzu gegeben habe.

15.2 Frage zu TOP 6 - Altersgrenze Vorschlagsliste Schöffen

Der Zuhörer weist zur Vorschlagsliste der Schöffen darauf hin, dass diese nicht älter als 69 Jahre sein dürfen und fragt nach, was man gegen diese Diskriminierung machen könne.

Herr Baatzsch erwidert, dass der Zuhörer im Zweifel dagegen klagen könne. Es handelt sich um eine mehrheitliche Entscheidung des Landesparlaments, diese Altersgrenze beizubehalten.

15.3 Frage zu TOP 9 - Höhe der Kosten

Der Zuhörer fragt zu TOP 9 nach, wie hoch der Beitrag der Stadt hierfür ist.

Herr Springfeld erwidert, dass für die Stadt keine Kosten entstehen. Die HannIT sei ein Verbund mehrerer Kommunen. Die Stadt habe dadurch die Möglichkeit, die Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen ohne am Markt vorher diese Dienstleistung ausschreiben zu müssen.

15.4 Ausschreibung Ingenieure

Unter Bezug auf die Äußerung von Herrn Lampe zu den Kosten der Stelle des Wahlbeamten weist der Zuhörer darauf hin, dass doch auch noch Ingenieure fehlen und fragt nach, ob nicht die Möglichkeit besteht, diese Stellen nach A 12 auszuschreiben. Dann würde man doch eher geeignetes Personal finden.

Herr Gebauer weist darauf hin, dass das Thema nicht auf der Tagesordnung stand und die Frage daher an dieser Stelle nicht zulässig sei. Im Übrigen teilt er mit: Vergütung und Ausschreibung werde bei allen Stellen geprüft. Bei den Ingenieuren handele es sich um E 11 Stellen im Angestelltenbereich.

15.5 Unterstützung Museum - Änderung Rathauspläne

Eine ZuhörerIn verweist auf das Grußwort des Bürgermeisters in der Broschüre zu „50 Jahre Museum auf dem Burghof“. Darin hat der Bürgermeister darauf hingewiesen, was das für eine tolle Einrichtung ist.

Es sei aber nicht damit getan, einmal im Jahr nach den Rissen zu gucken. Eine Unterstützung der Stadt für das Museum sehe in ihren Augen anders aus. Die festen Mitarbeiter im Museum wurden aufgrund von Sparmaßnahmen gekündigt, die Arbeit wird nur noch von Ehrenamtlichen geleistet.

Sie appelliert daran, das Rathausprojekt noch einmal zu überdenken und zu berechnen, was eine Verkleinerung des Projekts ggf. an Strafe kostet. Sie fragt konkret, ob der Rat und die Verwaltung noch willens sind, daran etwas zu ändern.

Herr Springfeld weist darauf hin, dass die hauptamtliche Unterstützung ständig ausgebaut wurde und wird. Die Stunden des Hausmeisters, der die handwerklichen Leistungen erbringt, wurden in Absprache mit dem Museum aufgestockt, das gab es vorher in dem Umfang nicht. Die Ausführungen an der Stelle zur personellen Unterstützung des Museums kann er daher nicht nachvollziehen.

Aus dem zitierten Grußwort gehe jedoch eindeutig hervor, dass das Museum von ihm als Stadtspitze eine große Wertschätzung erfährt, daran solle sich auch nichts ändern. Der Rest soll bei dem anstehenden Termin besprochen werden.

Herr Wolff weist noch darauf hin, dass es eine Mitarbeiterin gab, die durch eine AB-Stelle finanziert wurde. Herr Dr. Brezski erwidert, dass das noch zu Zeiten des vorherigen Bürgermeisters Hische gewesen sei, Herr Springfeld sich jedoch auf die letzten Jahre beziehe.

16. Anfragen der Ratsmitglieder

16.1 Radweg Eldagsen - Alferde

Herr Baatzsch weist darauf hin, dass die Regionsversammlung am Dienstag beschlossen hat, der Verwaltungsvereinbarung zuzustimmen und die Mittel für den Radweg Eldagsen – Alferde einzustellen. Der Betrag soll noch in diesem Jahr zum 01.11.2023 überwiesen werden. Hierzu hat er noch zwei Fragen:

1. Die ausgehandelte Verwaltungsvereinbarung muss noch in den Ausschüssen (FinA und VA) behandelt werden. Hierzu die Frage, wann die Vereinbarung in den Beratungslauf geht.
2. Wann werden die 75.000 € in den Haushalt eingestellt? Wenn eine Zahlung bis zum 01.11.23 erfolgen soll, wäre das ja eine nachträgliche Bereitstellung. Auf Nachfrage sei schon erklärt worden, dass keine Haushaltsreste hierfür vorhanden sind.

Herr Klostermann erwidert, dass bereits mit der Region Kontakt aufgenommen wurde. Die Region habe die Vereinbarung durch die Regionsversammlung gebracht, sodass die Region nun berechtigt ist, diese Vereinbarung zu schließen. Auch in Springe muss der Verwaltungsausschuss noch die Legitimation für den Abschluss dieser Vereinbarung beschließen. Im Anschluss muss geprüft werden, ob Grunderwerb erforderlich ist. Wenn ja, stehen hierfür ausreichend Mittel zur Verfügung. Planungskosten müssen dann für das nächste Jahr angemeldet werden. Es handelt sich um eine pauschale Summe, da es bislang noch keine Ausschreibung gibt. Hierzu wird sich noch mit der Region abgestimmt. Vorher müssen die Mittel im Haushalt nachgewiesen werden, bei einer Kurzfristigkeit müsste ggf. eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erfolgen, das ist jedoch noch nicht abschließend geklärt.

Herr Springfeld erklärt, dass er sich im regelmäßigen Austausch mit den zuständigen Mitarbeitenden der Region befindet und man sich darüber einig sei, dass in diesem Jahr keine Zahlungen fällig werden. Es ist abgesprochen, dass die Region erst einmal in Vorleistung geht und die Stadt Springe frühestens 2024 konkrete Leistungen zu bezahlen hat. Sollte sich das geändert haben, sehe er trotzdem kein Problem, weil alle diesen Radweg wollen und ihn sicher nicht durch eine Formalie wie eine überplanmäßige Ausgabe ausbremsen wollen.

16.2 Sachstand MVZ

Herr Lampe fragt zum einen nach dem Sachstand zum MVZ und unter Hinweis auf die heutige Berichterstattung über die Übernahme von Arztpraxen durch Investoren nach, ob sich beim MVZ auch Investoren einbringen, die Rendite erzielen wollen.

Herr Springfeld erwidert zum Sachstand, dass zurzeit noch die Verträge ausgehandelt werden. Da es sich um ein komplexes Vertragswerk handelt, werden auch Rechtsanwälte mit einbezogen. Zu der Sorge, dass ein Investor das Objekt kauft, weist er darauf hin, dass das mit einer der Gründe war, dass die GmbH zu 100 % der Stadt gehört. Für einen Verkauf wäre die Mehrheit des Rates erforderlich. Daher hält er das MVZ vor solchen Einflüssen für besonders sicher.

Herr Hackert merkt später noch an, dass die Aufsichtsratsmitglieder der MVZ Gesundheitshaus Springe GmbH gesetzlich verpflichtet sind, zu Schweigen über Geschäftsgeheimnisse und das der Bundesgerichtshof das sehr extensiv auslegt. Selbst wenn er den Informationsstand, den Herr Springfeld als Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender anders vermittelt, dürfte ich dazu in dieser Sitzung nichts sagen. Das gilt auch für den nichtöffentlichen Teil.

16.3 Nutzung Regionssporthalle für Sitzungen

Herr Lampe fragt nach, ob die Regionssporthalle (BBS-Gelände) aufgrund der möglichen Unterteilung in viele Elemente, evtl. auch für Ratssitzungen usw. genutzt werden könne und ob mit der Region diesbezüglich bereits Kontakt aufgenommen wurde.

Herr Gebauer weist darauf hin, dass auch die alte Regionssporthalle vorher für Springer Vereine zur Verfügung gestanden hat. Eine Vergabe der Hallenzeiten ist über die Stadt Springe erfolgt. Das auch „nicht sportliche“ Veranstaltungen dort stattfinden können, war vorher nicht so. Er zweifelt auch an, dass das mit dem Sportboden heute möglich sei. Von einer Nutzung neben dem Sport hört er zum ersten Mal, kennt aber auch die Detailplanung nicht.

16.4 Termin hinsichtlich Sportstättennutzung von der Gruppe SPD-Grüne-Linke und der FDP-Fraktion

Herr Lampe fragt nach, warum an der von der Gruppe SPD-Grüne-Linke und der FDP-Fraktion geplanten Veranstaltung zur Sportstättennutzung nur Vereinsvorstände angesprochen wurden und die anderen Ratsmitglieder nicht mit einbezogen wurden.

Herr Reinhardt zeigt sich irritiert, dass Herr Lampe diese Anfrage im Rat stellt und ihn nicht bereits früher direkt darauf angesprochen hat.

Er führt aus, dass alle die Möglichkeit gehabt hätten, diesen Weg mitzugehen. Bereits im Dezember gab es hierzu Gespräche mit den anderen Fraktions- und Gruppenvorsitzenden, als es darum ging, das Thema „Sportstättennutzung“ von der Tagesordnung der Dezember-Ratsitzung zu nehmen, um eine solche Gesprächsrunde zu den Sportstättenentgelten und der Nutzungsordnung mit allen Beteiligten vor einer politischen Entscheidung möglich zu machen und durchzuführen. Der Anspruch war, alle reden mit den Vereinen zusammen. Das war die Grundidee. Nach der „Kampf Abstimmung“ im Rat, ob das Thema von der Tagesordnung genommen wird oder nicht und es von einigen Ratsmitgliedern vehemente Kritik an der Veranstaltung und dem Vorgehen gegeben habe, müsse es nicht verwunderlich sein, dass die anderen Ratsmitglieder nicht mehr eingeladen sind.

Es hätte sich jeder anschließen können und es wäre wünschenswert gewesen, wenn es auch jeder getan hätte, weil das Sinn und Zweck des Ganzen war.

16.5 Wald-KiTa Jägerallee

Herr Overesch fragt nach dem Planungs- und Genehmigungsstand des sogenannten Waldkindergartens an der Jägerallee. Weiter fragt er nach, in welcher Höhe schon Planungs- und Baukosten hierfür entstanden sind.

Herr Klostermann erklärt, dass die Frage zum Planungs- und Genehmigungsstand über das Protokoll beantwortet werden kann.

Antwort der Verwaltung:

Der Fachdienst Bauaufsicht teilt mit, dass das Baugenehmigungsverfahren bisher noch nicht abgeschlossen werden konnte. Angeforderte ergänzende Bauvorlagen wurden durch die Antragstellerin erst kürzlich vorgelegt. Derzeit sind neben bauordnungsrechtlichen auch naturschutzrechtliche Belange zu klären.

Zur zweiten Frage weist Herr Klostermann darauf hin, dass eine solche Frage gerne nichtöffentlich beantwortet werden kann, es jedoch nicht um Bau- und Planungskosten der Stadt, sondern eines Dritten, handelt.

16.6 Stellenausschreibungen - Klimaschutz

Die Frage von Herrn Holzmann nach Bewerbungen zu den Klimaschutzstellen beantwortet Herr Klostermann dahingehend, dass es mehrere Bewerbungen gegeben habe und in der übernächsten Woche Vorstellungsgespräche stattfinden. Allerdings erfülle keine/r Bewerber/in das Anforderungsprofil, was etwas offengehalten wurde, in voller Gänze.

Herr Holzmann merkt weiter zu der Stelle Klimaneutralität / Klimafolgenanpassung, die mit Aufgaben durch Ratsbeschlüsse reich bestückt sei, an, dass die Abarbeitung ja bereits ca. ein 5 Jahresplan sei. Hinzukomme, dass im Bereich Kommunale Wärmeplanung Alvesrode vorgezogen werden solle. Er fragt sich, wann dann seine Fragen beantwortet werden sollen.

Herr Klostermann stellt klar, dass zunächst die Pflichtaufgaben erledigt werden müssen. Oberste Priorität habe dabei die Pflichtaufgabe der Kommunalen Wärmeplanung.

16.7 Fernwärmestrategie

Herr Holzmann fragt nach, ob es der Stadt möglich sei, die Stadtwerke Springe zu einer Sitzung einzuladen und die Fernwärmestrategie für interessierte Bürgerinnen und Bürger vorzustellen, da seiner Auffassung nach

Herr Springfeld bejaht dies.

16.8 AK zu Sportstättennutzung

Frau Henkels verweist zu der Anfrage von Herrn Lampe unter TOP 16.4 zu dem Termin hinsichtlich der Sportstättennutzung auf das Ratsprotokoll vom 15.12.2022, wo eine Mehrheit von 28 Ratsmitgliedern einem Budget in Höhe von 30.000 € zur Förderung von Sportvereinen, die eigene Sportstätten unterhalten, zugestimmt hat. Dieses Budget soll mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis ein konkretes Paket erarbeitet wurde. Die 28 Ratsmitglieder, die dem zugestimmt haben, sind davon ausgegangen, dass es eine Arbeitsgruppe des ganzen Rates ist. Das eine Mehrheit das nicht wollte, sei falsch.

Dr. Brezski weist darauf hin, dass es sich um zwei unterschiedliche Gruppen handelt. Das eine sei, wie von Frau Henkels richtig beschrieben, die Arbeitsgruppe, die die „Förderungsrichtlinien“ zu dem beschlossenen Budget für die Sportvereine, die eigene Sportstätten betreiben, erarbeiten soll. Bei dem Termin, zu dem die Gruppe SPD-Grüne-Linke und die FDP-Fraktion eingeladen haben, sind die Vereinsvorstände angesprochen, die städtische Sportstätten nutzen.

16.9 50 Jahre Stadt Springe nach Gebietsreform 1974 - 2024

Herr Baatzsch weist darauf hin, dass es nach der Gebietsreform 1974 im nächsten Jahr die Stadt Springe seit 50 Jahren gibt und hält es für eine gute Idee, dass aus diesem Anlass die Vielfalten der Ortschaften dargestellt werden. Er fragt nach, ob die Verwaltung dies Ereignis im Blick habe und wie sie es würdigen möchte.

Herr Springfeld bestätigt, dass er dies sehr wohl im Blick habe, aber es bislang für fraglich hält, ob der Verlust des Kreisstadtstatus ein Grund zum Feiern sei. Wenn dies gewünscht sei, sollte das Stadtmarketing einbezogen werden.

Ende des öffentlichen Teils: 20:32 Uhr